Dieter Winge ist seit 2018 Sprecher der Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu.

Stadtteil-Kurier 2. November 2023 | Seite 3

4 min.

Geplante Bahnwerkstatt

Entschlossen, den Standort zu kippen

Bürgerinitiative Oslebshausen sieht sich für Rechtsstreit gegen Bahnwerkstatt gewappnet

Anne Gerling

Herr Winge, die Bürgerinitiative Oslebshausen und das Bremer Friedensforum haben sich im Mai 2021 mit zwei Petitionen an die Bremische Bürgerschaft gewandt, um den an der Reitbrake in Oslebshausen geplanten Bahnwerkstatt-Bau zu verhindern beziehungsweise dort eine Gedenkstätte für NS-Zwangsarbeiter zu errichten. Beide Petitionen sind vor einigen Tagen von der Bürgerschaft für erledigt erklärt worden, weil sie „keine Möglichkeit sieht, den Anliegen zu entsprechen.“ Hat Sie diese Entscheidung überrascht?

Dieter Winge: Die Ablehnung unserer Petition war für uns erwartbar. Ich bin nach meinen bisherigen Erfahrungen nicht davon ausgegangen, dass es uns gelingen wird, die Bahnwerkstatt noch auf der politischen Ebene zu stoppen. Warum man allerdings insgesamt zweieinhalb Jahre benötigt, um über diese Petitionen zu befinden, erschließt sich den Bürgerinnen und Bürgern nicht.

Inzwischen hat die Planfeststellung begonnen und hierdurch sind bereits Fakten geschaffen worden.

Im Bericht des Petitionsausschusses heißt es, er könne „grundsätzlich die vom Petenten und der Bürgerinitiative artikulierte Skepsis bezüglich des geplanten Standortes gut nachvollziehen“ – der Forderung nach einer Ablehnung jedoch unter anderem mangels Alternativen und auch deshalb nicht folgen, weil er einer politischen Entscheidung nicht vorgreifen könne. Ist diese Begründung für Sie zufriedenstellend?

Ich möchte Claas Rohmeyer als Vorsitzendem des Petitionsausschusses zugutehalten, dass er versucht hat, die beiden Petitionen verantwortlich abzuhandeln. Leider gibt es aber – auch innerhalb des Petitionsausschusses – offenbar andere Mehrheiten. Immerhin sollen wir auf Anregung des Petitionsausschusses nun als „wichtiger lokaler Akteur“ bei der Gestaltung eines Gedenkortes im zukünftigen Klimawald Oslebshausen ein Mitspracherecht haben. Das ist auf jeden Fall ein Teilerfolg unserer Arbeit, denn bisher war ja ausschließlich von einer zentralen Gedenkstätte auf dem Osterholzer Friedhof die Rede. Es muss unserer Überzeugung nach aber auch eine vernünftige Gedenkstätte im Westen geben, der in der NS-Zeit Schwerpunkt der Bremer Rüstungsindustrie war. Deshalb begrüßen wir und das Friedensforum ausdrücklich die jetzigen Planungen, auch nahe dem Ort des Geschehens eine Gedenkstätte zu schaffen – und erwarten, dass diese Planungen auch tatsächlich umgesetzt werden.

Gibt sich die BI also mit dem Bürgerschaftsbeschluss zu den Petitionen zufrieden?

Ich gehe davon aus, dass wohl nur der Klageweg bleibt. Denn Politik und Verwaltung halten – gegen alle guten Argumente – hartnäckig am Standort Reitbrake fest. Wir sind fest entschlossen, den Standort Oslebshausen über den gerichtlichen Weg zu kippen. Klagen kann nur jemand, der eine Rechtsbetroffenheit hat – zum Beispiel Anwohner, die durch die Bahnwerkstatt erhöhten Lärmwerten ausgesetzt sind und deren Immobilien dadurch an Wert verlieren. Wir haben mittlerweile verschiedene Anwohner zusammen, die eine Klage unterstützen. Und wir haben auch genügend Geld für solch einen – voraussichtlich langwierigen – Rechtsstreit eingesammelt, sobald der offizielle Planfeststellungsbeschluss erfolgt ist. Jetzt ist im Zuge des Planfeststellungsverfahrens zunächst der Beirat am Zug, bis zum 24. November muss er als Träger öffentlicher Belange seine Stellungnahme zu dem Vorhaben abgeben. Als Grundlage für seine Einschätzung zu den Auswirkungen einer Bahnwerkstatt an der Reitbrake auf das Umfeld hat er ein Lärm-Gutachten in Auftrag gegeben, das bei der nächsten Beiratssitzung am 15. November öffentlich vorgestellt werden soll.

Gibt es neben der Standortfrage noch andere Aspekte, an denen Sie weiterarbeiten?

Eine unserer Kernforderungen ist, dass eine wissenschaftliche Aufarbeitung zum Thema Zwangsarbeit in der Grambker Schleife stattfindet. Schließlich war der Bremer Bausenator ja „Arbeitgeber“ der ersten Zwangsarbeiter, von denen die meisten zu Tode kamen. Auf dem Landesparteitag der Linken am 8. Oktober habe ich außerdem eine Forderung gestellt und dafür eine große Mehrheit bekommen: Für das, was zwischen 1941 und 1945 sowie 1948 bei der – teilweisen – Exhumierung des sogenannten Russenfriedhofs passiert ist, hat es bisher keine offizielle Entschuldigung bei den Angehörigen der Zwangsarbeiter durch den Senat gegeben. Hier gibt es eine historische Verantwortung des Senats und dieser sollte genügend Souveränität besitzen, dies heute nachzuholen.

Das Gespräch führte Anne Gerling.

ZUR PERSON

Dieter Winge (60)

ist Sozialpädagoge und lebt seit 1985 in Bremen. Er ist Sprecher der 2018 gegründeten Bürgerinitiative Oslebshausen und umzu und sitzt seit Juli für DIE LINKE im Gröpelinger Stadtteilbeirat.